

&Stiftung Sponsoring

Ausgabe 2|2016

Das Magazin für Nonprofit-
Management und -Marketing



MITTENDRIN: LEBENDIGES ENGAGEMENT IN ALTERNDER GESELLSCHAFT

GESPRÄCH: Reinhard Miegel vom Denkwerk Zukunft über die Auswirkungen von Migration auf die Bevölkerungsentwicklung

AKTUELLES: Einfluss der Psychologie auf die Kapitalanlage – Ertragsprobleme überwinden durch die Vermeidung von Fallstricken

SCHWERPUNKT: Den demografischen Wandel aktiv gestalten – Konzepte, Initiativen und Best Practices bieten Entwicklungschancen

Herausgeber: DSZ – Deutsches Stiftungszentrum GmbH, Erich Steinsdörfer
Institut für Stiftungsberatung Dr. Mecking & Weger GmbH, Dr. Christoph Mecking
www.stiftung-sponsoring.de

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

PFLEGE POLITIK

Herausforderung für Politik und Stiftungen

von Konstantin Kehl, Berlin

Neben den großen umwelt- und energiepolitischen Herausforderungen oder dem Umgang mit der sog. „Flüchtlingskrise“ ist die steigende Pflegebedürftigkeit das zentrale politische Thema der kommenden Jahre.

Die Bundesregierung hat deshalb im vergangenen Herbst das *Pflegestärkungsgesetz (PSG) II* verabschiedet, das einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zugrunde legt und Verbesserungen für viele Betroffene bringen soll – ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. Dieser kann aber nicht der letzte gewesen sein. Hinter den politisch-administrativen Kulissen wird deshalb bereits eifrig über die Zauberformel „PSG III“ diskutiert.

PSG III

Das dritte Pflegestärkungsgesetz widmet sich aller Voraussicht nach der Entlastung und Förderung von Kommunen bei der Entwicklung lokaler Räume und Versorgungsstrukturen. Abzuwarten bleibt, ob damit der „große Wurf“ gelingt. Langjährige Beobachter der Szene blicken dem Verhandlungs- und Gesetzgebungsprozess angesichts ausgeprägter Interessenkonflikte und Kompetenzverästelungen in der Pflege mit Skepsis entgegen. Fraglich ist vor allem, ob ein weiteres „Zusatzergänzungsweiterentwicklungsgesetz“ zielführend ist oder der Finger nicht viel tiefer in die Wunde gelegt werden müsste. Ein ganz grundlegender Defekt im „System Pflege“, wie es für die Bundesrepublik seit der Einführung der *Pflegeversicherung* 1995 prägend ist, wurde von den politischen Entscheidungsträgern bislang nämlich relativ konsequent ausgeblendet.

INFORMELLE PFLEGE FÖRDERN

Ursprünglich war es das Ziel, mit der Pflegeversicherung die sog. „informelle Pflege“ besonders zu fördern. Hierbei handelt es sich um pflegerische und alltagsunterstützende Tätigkeiten, die im häuslichen Umfeld der Unterstützungsbedürftigen von Angehörigen, Freunden, Nachbarn oder freiwillig engagierten Helfern – und nicht von einem Pflegedienst – erbracht werden. Zu diesem Zweck können Pflegebedürftige neben Sachleistungen ein Pflegegeld beziehen und dieses – ganz oder teilweise – an die Pflegenden weitergeben. Damit sollen Kosten gespart und monetäre Anreize für die Übernahme von Sorgetätigkeiten im Wohnumfeld der Betroffenen gesetzt werden.

Der Gesetzgeber hatte damit Anfang der 1990er-Jahre im Blick, dass die häusliche Pflege die Form der Versorgung

und Unterstützung darstellt, die von den meisten Pflegebedürftigen gewünscht wird. Angehörige, die oft etwas spöttisch als „größter Pflegedienst der Nation“ bezeichnet werden, sollen ebenso wie Nachbarn oder Bekannte für ihr Engagement in geringfügiger Weise finanziell „entschädigt“ werden – abhängig von der Schwere der Pflegebedürftigkeit und dem damit einhergehenden Aufwand.

HERAUSFORDERUNG PFLEGE-REALITÄT

Was in der Theorie völlig logisch klingen mag, bereitet in der Realität große Probleme. Nicht nur wird das Reservoir potenzieller Pflegepersonen innerhalb der Familien aufgrund von sich wandelnden Lebensstilen und der zunehmenden Erwerbsorientierung von Frauen – die nach wie vor den Großteil der Pflege schultern – tendenziell kleiner, sondern immer mehr Bürger entscheiden sich aufgrund von konkurrierenden Formen der Lebensführung gegen die Übernahme pflegerischer Verantwortung. Die Entwicklung der Inanspruchnahme von Pflegegeldleistungen verdeutlicht dies eindrucksvoll: Empfingen Ende der 1990er-Jahre noch drei von vier ambulant Pflegebedürftigen Geldtransfers aus der Pflegeversicherung, sind es mittlerweile nur noch rund 62%. Dieser Wert enthält bereits Leistungen im Falle von erheblichen Betreuungsbedarfen z. B. bei Demenzerkrankungen, auf die erst seit jüngerer Vergangenheit Anspruch besteht. In der pflegepolitischen Diskussion wird dieser Sachverhalt bislang allenfalls am Rande thematisiert. Er wird sich zu einem veritablen Problem entwickeln, wenn bis zur Mitte des Jahrhunderts, wie es die aktuellen Prognosen voraussagen, etwa doppelt so viele Deutsche pflegebedürftig sind wie heute. Denn dann muss das, was nicht (mehr) im informellen Bereich zu leisten ist, von professionell ausgebildeten Pflegekräften, derer es bereits heute zu wenige gibt, übernommen werden. Es versteht sich von selbst, dass damit folgenschwere Kostensteigerungen und weitere Beitragssatzanhebungen in der Pflegeversicherung einhergehen. Einen kleinen Vorgeschmack bietet das PSG II, mit dem der Beitragssatz zum 1.1.2017 um 0,2% ansteigt.

SOZIALINVESTIVE STRATEGIE ALS ALTERNATIVE

Die Alternative zu einer kostenintensiven, professionell organisierten Rundum-Versorgung lautet, das Versorgungssystem im Sinne einer *sozialinvestiven Politikstrategie* umzubauen. Damit gemeint ist die Ergänzung des bisherigen Leistungskatalogs um Instrumente, die darauf hinwirken, Grundlagen für Selbsthilfe und privates Engagement zu schaffen. Neben der Gewährung von Geldleistungen müssten hierfür die Investitionen in soziale Infrastrukturen im Wohnquartier und

in die Zeitsouveränität der Bürger, mit dem Ziel der besseren Kombinierbarkeit von Familie und Beruf, verstärkt werden. Bis heute gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, ohne empfindliche Gehaltseinbußen aus dem Beruf auszusteigen, um eine nahestehende Person zu pflegen. Hier und dort machen vielversprechende Ansätze von sich reden, die professionelle Pflege und niedrigschwellige Unterstützung auf der lokalen Ebene miteinander verzahnen. Eine koordinierte politische Strategie steht diesbezüglich aber noch aus. Wohlfahrtsorganisationen und Kommunen sind bemüht und haben jede Menge kreativer Ideen, jedoch fehlt es ihnen häufig an den notwendigen Ressourcen, um diese effektiv umsetzen zu können.

Ganz erhebliche Potenziale einer präventiven Versorgung, gesteigerter Lebensqualität und volkswirtschaftlicher Effizienz bleiben damit ungenutzt. Sozial- und pflegewissenschaftliche Studien verweisen einhellig darauf, dass Personen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf am liebsten in der eigenen Wohnumgebung versorgt werden möchten. Neue Wohn- und Lebensformen im Quartier, die informelle Hilfenetze stärken, tragen nachweislich dazu bei, alltagsunterstützende Leistungen zu mobilisieren und professionelle Pflegebedarfe zu verzögern. Und damit nicht genug: Es steht eine ganze Generation von Rentnerinnen und Pensionären vor der Tür, die gewillt und ökonomisch in der Lage ist, sich für andere Menschen in ihrem Lebensumfeld zu engagieren.

ROLLE VON STIFTUNGEN

Stiftungen tragen ganz grundlegend zum Gemeinwohl bei, indem sie Dienstleistungen erbringen, sich in die großen gesellschaftspolitischen Debatten einmischen und Akteure vernetzen, die soziale Innovationen im Zusammenwirken besser voranbringen als auf eigene Faust. Sie tun dies in der Altenhilfe und in der Pflege teilweise sehr ambitioniert, bündeln Ressourcen, Know-how, und entwickeln das bislang noch weitgehend defizitorientierte Pflegesystem in die Richtung potenzialorientierter, zivilgesellschaftlich ausgerichteter Konzepte weiter. Die *Stiftung Liebenau* oder die *Bremer Heimstiftung* sind nur die prominentesten Beispiele. In vielen Städten und Gemeinden engagieren sich kleinere und mittelgroße (Bürger-)Stiftungen dafür, dass pflegebedürftige Menschen in Würde und in Gemeinschaft altern können.

Stiftungen agieren bislang allerdings noch etwas zurückhaltend, wenn es darum geht, der Politik eine neue Marschroute ins Stammbuch zu schreiben. Initiativen wie das *Netzwerk Soziales Neu Gestalten (SONG)* oder die *Stiftung ProAlter*, die vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) gegründet wurde, sind wichtig. Sie initiieren Modellprojekte, zeigen unkonventionelle Wege auf und bringen Verbände, Politik, Vertreter der sozialen Arbeit und Ehrenamtliche an einen Tisch. Manche Experten bemängeln dennoch einen unabhängigen und ressourcenstarken Akteur auf dem pflegepolitischen Parkett, der mit ausgewiesener Expertise und Vernetzungsarbeit Reformen entschieden vorantreibt und dabei nicht in dem Verdacht steht, eigene Interessen zu verfolgen.

Stiftungen sind für die Übernahme einer solchen Rolle prädestiniert und tun dies in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits sehr erfolgreich, wenn auch nicht immer zur Freude aller Beteiligten – sei es im Bildungssektor, sei es im Klimaschutz oder in der Integrationsarbeit. Auch in der Pflege könnten sie wertvolle Impulse setzen.

KURZ & KNAPP

Die steigende Pflegebedürftigkeit ist das zentrale politische Thema der kommenden Jahre. Die abnehmende Bereitschaft zur Übernahme informeller Pflege und Unterstützung wird sich mit zunehmender Alterung der Gesellschaft zu einem veritablen Problem entwickeln. Politisch gilt es deshalb, sozialinvestive und präventive Politikstrategien einzuschlagen. Stiftungen könnten in der öffentlichen Diskussion noch energischer als bisher Impulse dafür setzen. ■

ZUM THEMA

Heinze, Rolf G.: Selbständiges Wohnen: Nur in einer sorgenden Gemeinschaft, in: Generali Zukunftsfonds (Hrsg.): Generali Altersstudie 2013: Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren, 2012, S. 313-319

Kaminski, Ralf: Die Reform der sozialen Pflegeversicherung. Ein Überblick über das Pflegestärkungsgesetz II, in: WzS 2015, S. 307-315, www.WzSdigital.de/WzS.11.2015.316

Kaminski, Ralf: Die Reform der sozialen Pflegeversicherung. Ein Überblick über das Pflegestärkungsgesetz I und ein Ausblick auf das Pflegestärkungsgesetz II, in: WzS 2015, S. 235-240, www.WzSdigital.de/WzS.09.2015.235

Kehl, Konstantin: Sozialinvestive Pflegepolitik in Deutschland: Familiäre und zivilgesellschaftliche Potenziale im Abseits wohlfahrtsstaatlichen Handelns, 2016

Kehl, Konstantin: Nach dem Pflegestärkungsgesetz II: Eine alternative Interpretation der Probleme und ein Plädoyer für potenzialorientierte Reformen, in: ZSR 2016, S. 1-32 (im Erscheinen)

Kehl, Konstantin / **Then**, Volker: Community and Civil Society Returns of Multi-generation Cohousing in Germany, in: Journal of Civil Society 1/2013, S. 41-57

Then, Volker / **Kehl**, Konstantin: Stiften als soziale Investition an den Grenzen der Sektoren, in: Reden, Sitta v. (Hrsg.): Stiftungen zwischen Politik und Wirtschaft: Ein Dialog zwischen Geschichte und Gegenwart, Historische Zeitschrift Beiheft Nr. 65, 2015, S. 261-282

in Stiftung&Sponsoring

Nachbaur, Markus: Quartier hat Zukunft. Den demographischen Wandel als Chance begreifen, S&S 5/2008, S. 20-21, www.susdigital.de/SuS.05.2008.020

Nachbaur, Markus / **Sedlmeier**, Christoph: Die Zustifter-Rente: Immobilienverrentung für Senioren – ein Projekt der Stiftung Liebenau, S&S 3/2013, S. 32-35, www.susdigital.de/SuS.03.2013.032

Staiber, Helmut / **Kuhn**, Ulrich: Sozialstiftung und Unternehmen – Organisationsentwicklung der Stiftung Liebenau, S&S 3/2001, S. 8-10

Dr. Konstantin Kehl ist Politikwissenschaftler und leitet die Abteilung „Transfer & Beratung“ des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Universität Heidelberg (Büro Berlin). Er wurde mit einer Arbeit über „Sozialinvestive Pflegepolitik in Deutschland“ bei Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred G. Schmidt promoviert. konstantin.kehl@csi.uni-heidelberg.de, www.csi.uni-heidelberg.de

